

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Roland Magerl

Abg. Martin Mittag

Abg. Andreas Krahl

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

zur Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (Drs. 18/22388)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Roland Magerl von der AfD-Fraktion, das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte das Plenum, ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen, damit wir dem Abgeordneten zuhören können.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Was müssen wir tun? So kann es nicht weitergehen, es ist ein Skandal, Schliersee, Augsburg usw. Die Medien haben es rauf- und runtergeorgelt. Alle wichtigen Politiker haben sich dazu empört geäußert. Am Ende aber bleiben die Bewohner auf der Strecke, weil bis jetzt wieder einmal nichts passiert ist. Willkommen in der Realität!

Dabei sind wir uns im Grundsatz aber einig, dass wir das Gesetz zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung, kurz PflWoqG, gezielt anpassen müssen. Wir brauchen Schutzmechanismen für Bewohner, eine bessere Aufsicht und klare Regeln. Deshalb haben wir im Mai unsere Idee vorgestellt, wie es möglich ist, einfach, schnell und mit relativ wenig Aufwand eine Verbesserung der Situation herzustellen. Dies soll dadurch geschehen, dass die Abteilungen in den Landratsämtern und Bezirken, die die Heime beraten, nicht gleichzeitig die Aufsicht führen dürfen, und umgekehrt. Unabhängigkeit und verschärfte Sanktionsmöglichkeiten für schwarze Schafe sind hier gefragt.

Ich möchte hier eines klarstellen: Wir stellen die vielen Einrichtungen, in welchen es super läuft, in denen die Arbeit gemacht wird, wie es sich gehört, die sich hervorragend um das Wohl unserer Ältesten kümmern, keinesfalls unter Generalverdacht. An der Stelle möchte ich mich bei allen Kräften bedanken, welche täglich mit ihrem Einsatz in der Pflege eines der wichtigsten Räder in der Zukunft am Laufen halten.

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank dafür, dass ihr täglich eure Frau und euren Mann steht! Die gesetzliche Änderung soll auch nicht in einer Überregulierung oder einem Kontrollwahn enden. Wir alle wissen, dass es mit dem Medizinischen Dienst, der Gewerbeaufsicht, den Berufsgenossenschaften, den Brandversicherern usw. schon Kontrollen genug gibt, welche Zeit und Kapazitäten binden und von der eigentlichen Aufgabe der Pflege ablenken. Dennoch darf es zu solchen Zuständen nie wieder kommen. Daher ist die Politik gefragt, und zwar jetzt. Im Ausschuss haben Sie uns klargemacht, dass Sie von schnellen und wirksamen Vorschlägen der AfD nichts halten. Gegenvorschläge gab es natürlich nicht. Dafür gab es die übliche Dipferlscheißerei, damit auch ja keiner sagen kann: Wir hätten eine gute Idee. Daher stehen wir heute hier.

Ein halbes Jahr ist vergangen, seit wir unsere Idee eingebracht haben. Von Ihnen kam bis heute nichts. Ich weiß auch, dass Sie heute hier einmal wieder nicht zustimmen werden. Das sind wir von Ihnen gewohnt. Der Wunsch, dass Sie sich heute umstimmen lassen und in Bayern etwas bewegen, indem Sie einem Gesetzentwurf zustimmen, wird wieder einmal der Vater des Gedankens bleiben. Es wird wie immer das, was wir von den Altparteien gewohnt sind: ein bitterer Moment für die bayerischen Bürger und eine Täuschung für jeden einzelnen Wähler von Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Martin Mittag.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Kollege Magerl hat gerade davon gesprochen, dass wir einer guten Idee doch zustimmen müssten. Wenn es in diesem Entwurf eine gute Idee gäbe, könnten wir vielleicht noch über alles reden. Aber es ist wie so oft oder wie immer, es ist keine gute Idee. Es ist ein völlig falscher Ansatz. Ich muss auch noch den Satz aufgreifen, in dem er von Generalverdacht gesprochen hat. Er hat gesagt, ein Generalverdacht würde mit diesem Gesetzentwurf nicht entstehen. Wenn man diesen Gesetzentwurf aber genau liest – diese Forderung hat er jetzt gerade weggelassen –, entsteht dieser Generalverdacht sehr wohl. Gefordert wird nämlich, dass in Heimen jährlich verpflichtend geprüft werden muss, was in Heimen, wo so eine tolle Arbeit geleistet wird, ganz bewusst nicht gemacht wird. Die Mehrheit unserer Heime macht einen super Job. Dafür muss einmal applaudiert werden. Dort wird nämlich ein super Job gemacht, und zwar Tag für Tag. Die schwarzen Schafe hat er angesprochen. Um die wird sich gekümmert und um die muss sich auch gekümmert werden. Das haben wir auch schon beim letzten Mal gesagt. Es wird nicht richtiger, und es gibt nichts Gutes an dem Vorschlag. Wenn es etwas Gutes gäbe, hätten wir das schon längst mitgenommen. Das brauchen wir also nicht.

Ich habe es beim letzten Mal schon ausgeführt, und ich will auch hier nicht unnötige Zeit im Plenum darauf verwenden, um einem nicht guten, nein, einem schlechten Gesetzentwurf länger Zeit zu geben, als er es verdient hat. Wir haben so viele Ansätze, egal, ob es der 5-Punkte-Plan oder die Novellierung ist, mit denen jeden Tag daran gearbeitet wird, die so wichtige Arbeit in der Pflege weiterhin zu unterstützen. Deshalb brauchen wir keine Vorschläge der AfD, die Aufsicht vom Landratsamt A ins Landratsamt B zu verlagern oder jährlich verpflichtende Überprüfungen durchzuführen. Ich sage es noch mal: Vielen herzlichen Dank an alle, die in der Pflege so viel leisten. Ich muss nicht die schwarzen Schafe nennen; denn in der großen Masse haben wir Gott sei Dank eine tolle Pflege. Wir haben Männer und Frauen, die eine ganz tolle Arbeit jeden Tag für die Gesellschaft und für die Menschen, die diese Unterstützung brauchen, leisten. Deswegen bitte ich auch weiterhin darum, wie ich es schon die letzten

Male im Ausschuss getan habe, einem solchen Entwurf nicht zuzustimmen, sondern ihn abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Nächster Redner ist für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Andreas Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion! Meine Damen und Herren, die AfD macht mit diesem Gesetzentwurf genau das, was sie immer tut. Der Kollege Mehring – da brauchst du nicht so erschrocken aufzuschauen, lieber Fabian – hat es heute so passend als die parlamentarische Performance beschrieben. Die AfD greift Ängste auf, präsentiert einen aus der Hüfte geschossenen vermeintlich einfachen Vorschlag, der nichts, aber auch gar nichts zur Lösung irgendeines Problems beiträgt. Wenn diese bestenfalls halbgare Idee erwartungsgemäß, wenn man den Ausführungen des Kollegen Mittag glauben kann, im Hause auf Unverständnis stößt, dann jammern Sie öffentlichkeitswirksam herum, dass die Blockadehaltung der vermeintlichen und in Ihren Augen sogenannten Altparteien Sie nur darin bekräftigt, weiterhin kostbare parlamentarische Redezeit zu verplempern.

(Widerspruch bei der AfD)

Eines muss ich sagen: Ich wundere mich ein bisschen über Martin Mittag – ich weiß gar nicht, wo er ist –, dass er eines nicht aufgegriffen hat; denn eines ist bei der ganzen Aktion der AfD wirklich neu. Der Kollege Magerl hat den Gesetzentwurf gerade als den großen Wurf präsentiert. Im Ausschuss – jetzt folgt ein Zitat aus dem Gesundheitsausschuss – hat er denselben Gesetzentwurf mit folgendem Satz eingebracht: Meine Damen und Herren, wir wissen selber, dass das nicht der große Wurf ist. – Entschuldigung, liebe AfD – –

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die haben noch nie einen großen Wurf gehabt!)

– Genau, die haben nie einen großen Wurf gehabt. Wirklich ernst nehmen kann man euch mit der Aktion nicht.

Trotzdem müssen wir uns jetzt mit diesem Gesetzentwurf befassen. Unter dem Strich ist klar, dass er abgelehnt wird. Eines ist aber auch klar: Wir brauchen den großen Wurf beim Pflege- und Wohnqualitätsgesetz, weil es die Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegeheimen verdient haben, anders behandelt zu werden. Sie dürfen nicht aus politischem Kalkül einer Rechtsaußen-Partei dafür herangezogen werden, um irgendwelche Ängste zu schüren.

Die Punkte, die bei der Novelle des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes besonders wichtig sind, und das ist jetzt der Appell an dich, lieber Minister und sehr geehrter Herr Minister Klaus Holetschek, lieber Klaus: eine wertschätzende und kultursensible Pflege, konsequenter Gewaltschutz für Frauen mit Pflegebedarf, Versorgungsqualität und Patientensicherheit, ein Beschwerdemanagement, das Whistleblower auch in Schutz nimmt, Ombudspersonen mit festen Sprechzeiten, Digitalisierung, erleichterte Inbetriebnahme innovativer Wohnformen, Loslösung von festen Quadratmetervorgaben bei Bädern usw. usf.

Das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz muss angepackt werden. Ich traue mich aber an der Stelle auch, das ganz klar und deutlich zu sagen. Das, glaube ich, wissen alle Fraktionen in diesem Hohen Haus. Im Gegensatz zu dem vorliegenden Gesetzentwurf wissen auch alle Fraktionen, dass weiß Gott mehr dazugehört, als dass man jetzt irgendwie den Mitarbeitenden der FQAs ihre Arbeitszeit auf den Wegen von einem Landkreis zum anderen Landkreis dann auch noch anrechnen muss.

In diesem Sinne: Das, was die AfD hier macht, ist eines, nämlich klipp und klar eine Blockadehaltung eines abgesprochenen Vorgangs im Gesundheitsausschuss. Die Expertenanhörung zur Novelle des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes haben wir gestern terminiert. Sie wird am 28. Februar stattfinden. Es ist auf dem Laufenden, es wird kommen. Etwas mehr Tempo kann nicht schaden, aber das, was die AfD vorgelegt

hat, ist ein Witz und spottet jeglicher – jeglicher! – ordentlicher und rechtmäßiger Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Krahl. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Prof. Peter Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs. Wir haben ja im Ausschuss darüber diskutiert. Ich bin eigentlich enttäuscht. Ich bin enttäuscht über das, was bei dieser Ausschussdebatte rausgekommen ist, nämlich gar nichts.

Ich habe bei der Ersten Lesung ganz klar gesagt, welche Probleme ich bei diesem Gesetz sehe. Eines hat Herr Krahl schon gerade angesprochen. Das ist diese Landkreisreise zwischen den verschiedenen Behörden. Das kommt ja auch noch dazu. Wenn die jetzt nicht unterschiedliche Voten abgeben: Was passiert denn dann? – Das ist völlig unklar. Zudem ist dieser Mehraufwand überhaupt nicht leistbar und überhaupt nicht sinnvoll und nicht zielführend. Im Übrigen ist der geplante Artikel 13a des Pflege-Woq-Gesetzes zu unbestimmt. Das sollten Sie auch noch mal zur Kenntnis nehmen. Auch hier ist im Ausschuss leider keine Klärung gekommen.

Unklar ist beispielsweise, was unter "regelmäßiger Austausch" zu verstehen ist. Da zeigt die Norm nicht auf, wie die konkrete Zusammenarbeit zwischen den Behörden erfolgen soll. Was soll denn dabei rauskommen? Ich glaube, dabei kann nichts Gutes rauskommen.

Es ist auch so, wie es vorhin gesagt worden ist. An dieser Stelle möchte ich noch mal die guten Pflegeheime erwähnen, und die gibt es wirklich in Bayern sehr, sehr viel. Wir sollten dankbar sein, dass es die gibt, und dann sollte man sie nicht noch mit so was

wie einer jährlichen Pflichtprüfung überschütten. Das führt sicherlich nicht zur Verbesserung des Betriebsklimas.

Eines möchte ich noch ganz klar zurückweisen. Sie haben gerade voller Inbrunst gesagt: Es ist nichts passiert. – Herr Magerl, hören Sie mir noch zu, oder haben Sie jetzt was Besseres zu tun? Dann frage ich Sie einmal: Haben Sie diesen Pflege-SOS denn nicht kennengelernt? Wissen Sie überhaupt, was da passiert ist? Das war eine ganz konkrete, sofortige Maßnahme, um hier niederschwellige Anlaufstellen für Beschwerden zu bieten. Dieser Pflege-SOS ist ein Erfolgsmodell. Nach meiner Kenntnis sind innerhalb eines knappen halben Jahres über 500 Anrufe eingegangen. Das ist eine ganz klare Stärkung und eine ganz klare Verbesserung des Ist-Zustandes. Sich hier herzustellen und zu sagen: "Es ist nichts passiert", ist nicht nur falsch, sondern ist auch einfach unfair.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem die Fragen nicht geklärt worden sind und nichts verbessert worden ist, lieber Herr Magerl und Kollegen von der AfD, können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Ich empfehle die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bauer. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Missstände in der Pflege sind ein wirklich ernstes Thema. Es ist schon mehrfach gesagt worden, es ist absolut notwendig, sorgfältig aufzuklären und die schwarzen Schafe zu identifizieren, um erstens die Missstände abstellen zu können und zweitens die gute Pflege aus dem Generalverdacht rauszuhalten, rauszunehmen und sie eher zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nicht gelingt, steigt natürlich auch die Verunsicherung in der Bevölkerung angesichts dessen, was man da so liest und hört und vielleicht auch unmittelbar selber mitbekommt. Ich glaube, das ist genau der Punkt, auf den Sie da reagiert haben. Sie merken, dass da eine Verunsicherung ist, und die wollen Sie von der AfD aufgreifen.

Aber dazu gibt es hier nur große Worte. Am Ende geht es in Ihrem Gesetzentwurf nur darum, die Zuständigkeiten für die FQA, für die Heimaufsicht vor Ort, einfach in den Nachbarlandkreis zu verlagern. Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, damit ist wirklich nichts gewonnen. Die Heimaufsicht wird damit nicht besser.

Die Missstände in der Pflege haben gezeigt, dass es vielfältigen Änderungsbedarf beim Pflege- und Wohnqualitätsgesetz gibt. Wir haben dazu jetzt auch eine Anhörung auf Antrag der Ampel-Opposition hier in Bayern: SPD, GRÜNE und FDP. – Wir haben schon mehrere Fachgespräche mit dem Minister und mit allen möglichen Beteiligten geführt. Ich habe eine ganze Reihe sehr konkreter Maßnahmen dazu vorgeschlagen. Aber davon ist hier nicht die Rede.

Bei Ihrem Vorschlag werden die Nachteile einer zu weit unten, also beim Landratsamt, angesiedelten Heimaufsicht gar nicht angegangen. Wirklich ein Problem ist zum Beispiel die Ausstattung oder dass man natürlich als sehr kleine, regionale – örtliche – Heimaufsicht den Überblick bei einem großen privaten, überregionalen Träger, der mehrere Heime hat, gar nicht haben kann. So war es ja auch jetzt in Schliersee und in Augsburg. Derselbe Träger war es zum großen Teil. Das ist immer wieder so. Aber vor Ort sieht das dann alles wie ein Einzelfall aus. Das wird man nicht mit einer zu kleinteilig, zu weit unten angesiedelten Heimaufsicht lösen können. Deswegen schlagen wir ja auch vor, überörtlich zu organisieren. Wir werden das so lange immer wieder einbringen, bis wir hier wirklich zu einer Verbesserung kommen.

Aber leider kommen wir diesem Gesetzentwurf nicht weiter. Deswegen werden auch wir von der SPD ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Für die FDP spricht Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich weiß nicht wirklich, was ich noch sagen soll. Die meisten Sachen sind tatsächlich angesprochen – mehr oder weniger emotional. Ich würde das jetzt relativ emotionsfrei zusammenfassen:

Sie stellen definitiv die Pflege auf der einen Seite unter Generalverdacht. Auf der anderen Seite bieten Sie insuffiziente Lösungsvorschläge, die völlig in die falsche Richtung gehen.

Das Gesundheitsministerium hat einen 5-Punkte-Plan aufgelegt, der in die richtige Richtung geht. Der braucht aus meiner Sicht noch ein bisschen Anschub. Wir sind da in einem Expertengespräch im März 2022 gestartet. Seither fehlt mir so ein bisschen das Engagement.

Das SOS-Telefon, Herr Prof. Bauer, existiert und funktioniert. Da würde ich mir eine Evaluation aus der Opposition erbitten, damit wir tatsächlich hier Fakten bekommen, um das Ganze dann wohlwollend beurteilen zu können.

Unser Job ist es, Rahmenbedingungen zu setzen, damit diese Regemaßnahmen, die Korrekturen und die Mängelanordnungen bis hin zu Schließungen von Heimen gar nicht mehr auftreten. Das gilt es zu schaffen. Wir brauchen Personal in den Heimen, wir brauchen Fachkräfte, wir brauchen Ehrenamt, wir brauchen einfach mehr Köpfe, um hier vorwärtszukommen. Daraus resultiert dann auch Qualität.

Es geht nicht nur um die Akademisierung, sondern wir benötigen eine Basis. Was wir grundsätzlich schaffen müssen, und da möchte ich persönlich hin: Wir brauchen einen Korridor des Vertrauens in der Pflege und nicht mehr Prüfungen, mehr Misstrauen, wie es die AfD sät.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22388 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klinge. Enthaltungen! – Sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern – Bayerisches Soziales Klimaschutzgesetz – auf Drucksache 18/21212 bekannt. Mit Ja haben 46, mit Nein 107 gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)